Zur Individualbesteuerung

Zur Abstimmung vom 8. März

Da beisst sich die Katze in den Schwanz. Die Geburtenrate ist auf einem Allzeittief. Wer mehrere Kinder hat, möchte sie in den ersten Jahren vielleicht selber begleiten. Denn das ist spannend (und anstrengend), für die Kinder stärkend, aber altmodisch. Diese jungen Mütter oder Väter sollen nach Meinung der FDP und der SP arbeiten, denn Kinder im Alltag begleiten, ist Sache der Kita. Diesen Trend möchte die liberale FDP mit finanziellen Anreizen verstärken. Wer nicht spuren will, wird durch das neue Steuergesetz finanziell abgestraft. Wir haben noch nicht begriffen, warum die Ehe den Schutz des Staates braucht. Die Ehe ist immer noch die häufigste Form der Nachwuchsförderung. Der Staat ist darauf angewiesen, dass Kinder einer nächsten Generation wieder möglichst gut aufwachsen können, um später Verantwortung übernehmen zu können. Dass die FDP das Familienmodell vorschreiben möchte, ist zutiefst illiberal und kurzsichtig.

Rita und Stephan Hegglin-Besmer, Zug

Lesermeinungen zur SRG-Initiative

Zur Abstimmung vom 8. März

Wer glaubt, dass weniger SRG automatisch zu mehr Umsatz in der Schweizer Medienwirtschaft führt, irrt. Die Werbegelder wandern seit Jahren überproportional zu Google, Meta und Co.: Je nach Schätzung fliessen rund ein Drittel aller Werbefranken und fast drei Viertel der Onlinewerbung an globale Plattformen. Eine weitere Schwächung der SRG würde diese Entwicklung verstärken, ohne den privaten Schweizer Häusern automatisch zu helfen. Zugleich zeigt sich: Junge nutzen SRG-Inhalte dort, wo sie sind – auf Social Media. Auf Instagram hat SRF News rund 440 000 Follower, SRF Sport 331 000 – deutlich mehr als private Nachrichtenmarken wie 20 Minuten und mehr als doppelt so viele wie Blick oder Watson. Das zeigt: Auch die junge Generation sucht gut aufbereitete, qualitativ verlässliche Informationen. Die Initiative will die Abgabe auf 200 Franken senken und Unternehmen ganz befreien. Der Bundesrat setzt mit seiner Gegenmassnahme eine moderate Senkung auf 300 Franken bis 2029 um. Eine Optimierung ist sinnvoll, doch ein Kahlschlag beim Service public nützt vor allem den ausländischen Plattformen und schadet dem Schweizer Journalismus und auch der Kultur. Wer gute und verlässliche Informationen für alle Generationen will, sollte die Folgen für den gesamten Medienstandort Schweiz im Blick behalten. Darum sage ich: Ein klares Nein zur SRG-Initiative!

Roger Pitton, Co-Präsident GLP Cham

Bei einer Annahme der Halbierungsinitiative rechnet SVP-Magistrat Rösti vor, dass bis zu 3000 SRG-Stellen entfallen könnten. Nun ist es nicht primäre Aufgabe privater Haushalte, für die Arbeitsplatzsicherheit bei der SRG zu sorgen. Ausser Frage aber steht: Die SRG muss sparen, sich entschlacken, den markant gestiegenen Personalbestand zurückfahren, und programmatische Doppelspurigkeiten beenden. Doch mit dem Sparwillen ist es nicht weit her. Während die Post ihr Filialnetz zum Leidwesen gerade auch älterer Semester zusammenstreichen musste, geht die SRG noch immer von einem flächendeckenden Versorgungsauftrag aus. Eine starke Präsenz des SRF in den Sprachregionen sei von eminenter Bedeutung für den nationalen Zusammenhalt. Dieser Versorgungsauftrag aber hängt vom tatsächlichen Bedarf vor Ort ab, der jedoch von privaten, in den Sprachregionen direkt verankerten Anbietern weit besser abgedeckt werden könnte. Die Behauptung, wonach eine staatliche Medienanstalt essenziell für einen unabhängigen Qualitätsjournalismus sei, entbehrt jeder realen Grundlage. Gerade hier besteht ein Problem. Umfragen zufolge bezeichnet sich eine überwiegende Mehrheit von Journalisten als links oder eher links stehend, was sich auch am Mangel einer ausgewogenen Berichterstattung zu Themen wie dem Klimawandel, der Migration oder europapolitischen Fragen niederschlägt. Dieser unabhängige Qualitätsjournalismus, den die SRG für sich in Anspruch nimmt, hängt weniger von der Existenz einer einzigen öffentlich-rechtlichen Medienanstalt ab, als vielmehr vom freien Wettbewerb der Meinungen. Auch ist der Bürger reif genug, sich selbst eine eigene Meinung zu bilden und zu entscheiden, welche Medienformate er konsumieren und letztlich auch bezahlen will. Ausser Frage steht, dass die SRG mit hausgemachten Problemen zu kämpfen hat. Pannenanfälligkeiten aufgrund technischer Mängel und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat sind Indizien für ein staatliches Unternehmen, das trotz hohem Budget ganz offensichtlich an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Private Medienunternehmer wären hier längst mit Einsparungen und radikalen Reformen interner Strukturen konfrontiert, um über die Runden zu kommen.

Otto Rölli jun., Menzingen

Es war mir eine Freude, an der Zuger Messe im Jahr 2022 zahlreiche Unterschriften für die SRG-Initiative «200 Franken sind genug!» zu sammeln, um im Sommer 2023 diese mit einer Gruppe von vielen jungen Leuten in Bern einzureichen. Junge Leute, die selbst entscheiden möchten, wo sie sich informieren und für welche Medien sie bezahlen. Die 200 Franken, welche bei Annahme der Initiative pro Haushalt für die SRG fällig bleiben, sehe ich als Solidaritätsbeitrag an Leute, welche auf die SRG angewiesen sind. Angewiesen auf Müslüm und verrückte Katzenvideos vom SRF ist niemand. Leider fliesst heute ein erheblicher Teil der Serafe-Gebühren in Angebote, die wir weder nutzen noch wünschen. Das ist nicht zeitgemäss. In einer digitalen Welt, in der Vielfalt und Wahlfreiheit selbstverständlich sind, wirkt ein staatliches Fernsehen mit solch hohen Gebühren, welches vermehrt gerügt wird für parteiische Berichterstattungen, wie ein Relikt aus einer anderen Epoche. Es geht nicht darum, Medienvielfalt zu zerstören – im Gegenteil. Es geht darum, Verantwortung dorthin zu legen, wo sie hingehört: zu uns Bürgerinnen und Bürgern. Wir sind mündig genug, unsere Informationsquellen selbst zu wählen. Die Initiative ist ein Schritt hin zu mehr Fairness und Eigenverantwortung. Sie zwingt die Medienlandschaft, sich stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten, statt sich auf garantierte Einnahmen zu verlassen. Wettbewerb belebt – auch im Journalismus. Darum stimme ich Ja: Weil ich selbst entscheiden möchte, welche Medien meine Unterstützung verdienen.

Nico Casillo, Steinhausen

Unsere Regeln

Ihr Leserbrief darf maximal 2200 Zeichen (inklusive Leerschläge) umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe nicht zu publizieren oder zu kürzen.

Zuger Zeitung

Verleger: Peter Wanner.
CEO CH Media: Michael Wanner.
Chefredaktor CH Media: Patrik Müller (pmü).
Leiter Publishing: Thomas Wegmann.
Chief Product Officer: Mathias Meier.
Werbemarkt: Paolo Placa, Stephan Gartenmann.
Leiter Customer Marketing: Alexander Nitzsche.
Lesermarkt: Bettina Schibli.

Redaktion Zuger Zeitung
Chefredaktion: Rahel Hug (rh), Chefredaktorin Zuger Zeitung.
Redaktion: Raphael Biermayr (bier); Cornelia Bisch (cb); Felix Ertle (fee, Stagiaire); Andreas Faessler (fae), Kultur/Religion & Gesellschaft; Kristina Gysi (gy); Tijana Nikolic (tn); Carmen Rogenmoser (cro), Stv. Chefredaktorin; Benjamin Rothschild (bro); Tobias Söldi (tos).
Fototeam: Jakob Ineichen; Matthias Jurt (mj).
Adresse: Baarerstrasse 27, Postfach, 6302 Zug. Telefon: 041 725 44 55. E-Mail: redaktion@zugerzeitung.ch.

Redaktion Luzerner Zeitung
Chefredaktion: Christian Peter Meier (cpm), Chefredaktor; Cyril Aregger (ca), Stv. Chefredaktor; Robert Bachmann (bac), Leiter Produktion & Services; Rahel Hug (rh), Chefredaktorin Zuger Zeitung; Martin Messmer (mme), Stv. Chefredaktor und Co-Leiter Online.
Redaktionsleitung: Raffaele Wiler (rwi), Leiter Redaktion Urschweiz; Lukas Nussbaumer (nus), Stv. Leiter Regionale Ressorts; Arno Renggli (are), Leiter Gesellschaft und Kultur.
Ressortleiter: Sven Aregger (ars), Regionalsport; Boris Bürgisser (bob), Leiter Gestaltung; Regina Grüter (reg), Apero/Kino; Livia Fischer (lf), Kanton; Robert Knobel (rk), Stadt/Region; René Meier (rem) Co-Leiter Online; Maurizio Minetti (mim), Wirtschaft; Simon Zollinger (sez), Leiter Produktionsdesk Zentralschweiz.
Adresse: Maihofstrasse 76, 6002 Luzern. Telefon: 041 429 51 51. E-Mail: redaktion@luzernerzeitung.ch.

Zentralredaktion CH Media
Chefredaktor: Patrik Müller (pmü).
Stv. Chefredaktoren: Doris Kleck (dk), Yannick Nock (yno, Leiter Online), Raffael Schuppisser (ras).
Leitung Produktion & Services: Robert Bachmann (Mitglied der Chefredaktion), Detlef Truckenmüller (Stv.).

Service
Inserate: CH Regionalmedien AG, Baarerstrasse 27, 6302 Zug, Telefon 041 725 44 56, E-Mail: inserate-lzmedien@chmedia.ch
Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 058 200 55 55, E-Mail aboservice@chmedia.ch.
Technische Herstellung: CH Media Print AG/CH Regionalmedien AG, Maihofstrasse 76, Postfach, 6002 Luzern, 041 429 51 51.
Druckerei: CH Media Print AG, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau. Leitung: Heinz Meyer, E-Mail: print@chmedia.ch
Auflage und Leserzahlen: Zuger Zeitung: Verbreitete Auflage: 11 129 Ex. (WEMF 2025). Gesamtausgabe Luzerner Zeitung: Verbreitete Auflage: 83 557 Ex. (WEMF 2025). Davon verkaufte Auflage: 77 463 Ex. (WEMF 2025). Leser: 249 000 (MACH Basic 2025-2). Verbreitete Auflage Gesamtausgabe CH Media: 254 469 Ex. (WEMF 2025). Davon verkaufte Auflage: 241 445 Ex. (WEMF 2025).
Copyright Herausgeberin.
Beteiligungen der CH Regionalmedien AG unter www.chmedia.ch.
Herausgeberin: CH Regionalmedien AG, Neumattstrasse 1, 5001 Aarau. Die CH Regionalmedien AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der CH Media Holding AG.

ch media

Am Wasser fühlt sich dieser Vogel wohl

Die Wasseramsel lebt an Bächen und Flüssen. Als einziger Singvogel sucht sie ihre Nahrung weitgehend tauchend. Dieses Exemplar hat unsere Leserin in Sihlbrugg fotografiert.

Leserbild: Marianne Schmid

Sicherheit geht vor

Zum Kanton Tessin, der von EU/Efta-Bürgern einen Strafregisterauszug verlangt

Die beiden Artikel in der «Zuger Zeitung» vom 2. Februar und 24. Januar sind ein Weckruf für die gesamte Schweiz. Während Bundesbern und die EU in Brüssel die Personenfreizügigkeit über alles stellen, beweist der Kanton Tessin unter Staatsrat Norman Gobbi seit Jahren genau den Mut, den wir national dringend bräuchten: Er und seine Mitarbeiter schauen hin, statt blind durchzuwinken! Es ist schlicht absurd: Die bilateralen Verträge verbieten der Schweiz systematische Strafregisterkontrollen bei EU-Bürgern. Wir rollen also potenziellen Gewaltverbrechern, Drogendealern und Mafiosi den roten Teppich aus, während der ehrliche Schweizer Bürger laufend kontrolliert wird. Die SVP verlangt, dass Ausländer flächendeckend Strafregisterauszüge zeigen müssen. Das Tessiner Beispiel zeigt die bittere Notwendigkeit dieser Kontrollen: Allein in einem Jahr wurden 192 Vorbestrafte entdeckt, darunter 33 Schwerstkriminelle, die Delikte gegen Leib und Leben begangen hatten. Diese Verbrecher erhielten somit keine Bewilligung. 33 verhinderte Gefährder – wie viele davon leben heute unbehelligt im Kanton Zug oder Wallis? Die Katastrophe von Crans-Montana führt uns die Konsequenzen brutal vor Augen. Ein in Frankreich vorbestrafter Barbetreiber konnte sich hier installieren, weil niemand sein Strafregister prüfen durfte. Es ist bezeichnend, dass Bern das Tessin für diesen Schutz der Bevölkerung auch noch rüffelt. Dass Italien – das Land, das sich selbst kaum an die EU-Dublin-Regeln hält – keine Kritik an der Tessiner Praxis übt, zeigt doch: Pragmatismus wird respektiert, Unterwerfung nicht. Zug und die gesamte Schweiz müssen sich am Tessin ein Beispiel nehmen. Wir brauchen keine «Personenfreizügigkeit für Kriminelle». Wer bei uns leben und arbeiten will, muss seine weisse Weste vorweisen. Sicherheit für uns alle im Kanton Zug – zuerst!

Philip C. Brunner, Kantonsrat und Präsident SVP Kanton Zug, Zug

Meinungen zur Chamer Wohnraumstrategie

Zur kommunalen Abstimmung vom 8. März

Der Preis wird durch die Nachfrage bestimmt. Die Bevölkerung von Cham ist seit 2010 um über 23 Prozent gewachsen. Gleichzeitig ist der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung von 21 auf über 28 Prozent gestiegen. Es wurden also nicht zu wenige Wohnungen gebaut, vielmehr ist die Nachfrage infolge der starken Zuwanderung massiv angestiegen. Solange die hohe Nachfrage nach Wohnraum anhält, lässt sich das Problem überhöhter Wohnungsmieten nicht lösen. Daran wird auch die komplexe, ideologisch geprägte Wohnraumstrategie des Gemeinderates nichts ändern. Deshalb: 4-mal Nein zu diesem bürokratischen Irrsinn und zur Bevormundung des Stimmvolkes.

Rainer Suter, alt Kantonsrat SVP, Lindencham

Die Debatte über die «Wohnraumstrategie Cham» ist in vollem Gange. Dass die aktuelle Situation für viele Einwohnerinnen und Einwohner herausfordernd ist, lässt sich nicht bestreiten. Umso mehr stören mich jedoch die geplanten Mietzinszuschüsse. Ist etwa die vorgesehene Berechnungsgrundlage – Zuschüsse, wenn die Miete mehr als ein Drittel des Einkommens beträgt – tatsächlich gerechtfertigt? Wer in Cham wohnt, profitiert von einer Lebensqualität, die auch im schweizweiten Vergleich klar überdurchschnittlich ist. Diese ist nicht zum Nulltarif zu haben. Viele Menschen sind bereit, dafür bewusst mehr zu bezahlen und an anderer Stelle Abstriche zu machen – etwa bei Ferien oder beim Auto. Rein finanziell darf zudem nicht unerwähnt bleiben, dass dank der sehr guten Finanzlage von Kanton und Gemeinde die Steuerbelastung sowie auch die Kosten für die Krankenkasse für viele Haushalte vergleichsweise tief sind. Daraus ergibt sich ein finanzieller Spielraum, den viele nutzen, um sich den Wohnort Cham bewusst zu «gönnen» – ohne dass dafür staatliche Mittel eingesetzt werden müssen, die den Markt zusätzlich verzerren.

Manuela Imhof, Cham